Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen

2023	Verkündet am 1. März 2023	Nr. 40

**Bekanntmachung des Bebauungsplanes 133
(mit Vorhaben und Erschließungsplan) („Blumenstraße“)
für eine Bebauung westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg,
Bauernstraße und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte**

Vom 28. Februar 2023

Die Stadtbürgerschaft hat am 21. Februar 2023 im Rahmen eines ergänzenden Verfahrens gemäß § 214 Absatz 4 Baugesetzbuch den unveränderten Bebauungsplan 133 (mit Vorhaben und Erschließungsplan) („Blumenstraße“) für eine Bebauung westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg, Bauernstraße und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte mit dem ergänzten Bericht der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie der ergänzten Anlage zu diesem Bericht erneut beschlossen.

Der Bebauungsplan mit Begründung sowie die technischen Vorschriften (DIN-Normen) können bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Bremen, Contrescarpe 72 (im Foyer des Siemenshochhauses beim Service Center Bau), während der Öffnungszeiten eingesehen werden.

Bremen, den 28. Februar 2023

Der Senat

Hinweis:

Gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) – Frist für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften – werden

1. eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs

unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadtgemeinde Bremen unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2a beachtlich sind.

Auf die Vorschrift des § 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 und Absatz 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.